

Fraktion intern



**Jobs schaffen,
Wohlstand sichern –
mit Investitionen**

So hilft der Staat,
Deutschland fit für
die Zukunft zu machen

**Wie uns aktive
Industriepolitik
nutzt**

SEITE 6

**Dennis Rohde
über den
Haushalt 2024**

SEITE 14

**Einbürgerungen
werden
erleichtert**

SEITE 21



ROLF MÜTZENICH
MDB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Die Schuldenbremse ist ein Relikt vergangener Zeit

Die Einigung der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2024 zeigt, dass trotz der enormen Herausforderungen, vor die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts uns gestellt hat, eine Einigung gelungen ist, die einen klaren Fokus auf die Stärkung der sozialen, inneren und äußeren Sicherheit setzt. Einen Abbau des Sozialstaates wird es nicht geben.

Und: Wir können Arbeitsplätze in den Zukunftsindustrien sichern. Der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft kann weitergehen, denn die Projekte im Klima- und Transformationsfonds werden weiterfinanziert, genauso wie die soziale Abfederung dieses Wandels, der gerade für die Schwächeren auch zu Belastungen führen kann. So wird etwa auch die Förderung bei der Umrüstung auf klimafreundliches Heizen aufrechterhalten.

Diese öffentlichen Investitionen sind dringend notwendig, um unser Land fit für die Zukunft zu machen, um Jobs zu erhalten und zu schaffen, um unseren Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Sie konnten vorerst gesichert werden, obwohl die Schuldenbremse

eingehalten wird. Mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen wir in der Ukraine stehen, sieht die Einigung im Falle dringender Mehrbedarfe vor, dass die Schuldenbremse im Jahr 2024 der notwendigen Unterstützung des Landes nicht im Wege stehen wird.

Wir leben nicht in normalen Zeiten. Kriege verstoßen gegen jede Normalität. Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, nicht weit von uns weg. Nachdem der US-Kongress einer Fortsetzung einer Hilfe für die Ukraine vorerst widersprochen hat, spricht allein dieses Beispiel dafür, dass wir weitere Gelder für die Ukraine im Haushaltsjahr 2024 bereitstellen müssen. Diese zusätzlichen Mittel werden wir durch die Ausnahmeregelung nach Artikel 115 Grundgesetz finanzieren müssen – also durch das Aussetzen der Schuldenbremse durch die Ausrufung einer Notlage.

Ein solcher Schritt würde uns Probleme ersparen, die das Einhalten der Schuldenbremse hervorrufen kann. Es kann schnell zu innenpolitischen Verteilungskonflikten kommen, bei denen die Unterstützung der Ukraine gegen Ausgaben im Inland ausgespielt wird.

Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist ein Relikt vergangener Zeit, deren Regeln der aktuellen Zeit und Ihren Herausforderungen angepasst werden müssen. Ein Baustein dafür ist die Reform der Konjunkturkomponente, um in schwierigen Zeiten mehr Zukunftsinvestitionen gerade zum Wohle von Betrieben und Beschäftigten zu ermöglichen. Diese Reform hat die Ampel ja bereits im Koalitionsvertrag vereinbart – sie sollte nun sehr zeitnah umgesetzt werden.

Längerfristig bedarf es einer grundlegenden Reform der Schuldenregeln. Für uns ist es zentral, heute Investitionen in Bildung und Infrastruktur, in Klimaschutz und Transformation zu tätigen, die auch zukünftigen Generationen nützen.

Gerade auch in schwierigen Zeiten stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu einem starken Staat, der seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine lässt.

Euer und Ihr Rolf Mützenich

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff, Stefan Hintermeier
Redaktionsschluss: 22. Dezember 2023

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Irina Dzenko
Druck: Möller Pro Media GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
Photothek (S. 3, 5, 21-22)
picture alliance/dpa | Kay Nietfeld (S. 8)
picture alliance/dpa | Frank Molter (S. 9)
Shutterstock | Denis Belitsky (S. 11)
Shutterstock | eamesBot (S. 13)
Aischa Sophie Jansen (S. 4, 14)
Maurice Weiss (S. 17, 18)

Alle Abbildungen bearbeitet durch die SPD-Bundestagsfraktion.

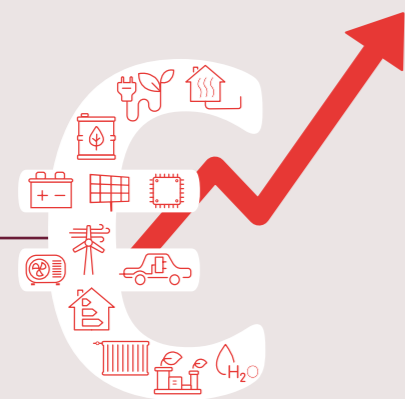
Inhalt

TITELTHEMA

6

Jobs schaffen, Wohlstand sichern

Mit einer aktiven Industriepolitik ermöglicht und begleitet der Staat den klimaneutralen Umbau des Landes. Die nötigen Zukunftsinvestitionen werden auch im Haushalt 2024 abgebildet.



INTERVIEW

14

„Es kann nicht sein, dass die Schwächsten die Zeche zahlen“

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Rohde, über den Haushaltskompromiss, das Sparen an den richtigen Stellen und die Reform der Schuldenbremse.



URTEIL AUS KARLSRUHE

12

Die wichtigsten Punkte zum Haushalt 2024

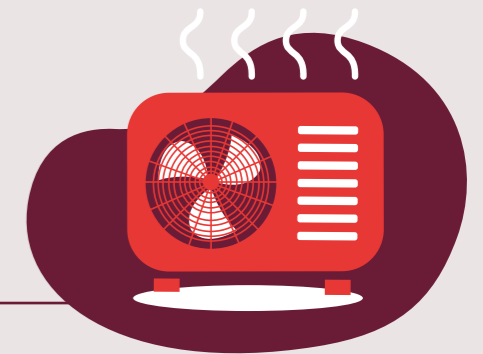
Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse im November mussten der Haushaltsentwurf 2024 sowie der Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds noch einmal angepasst werden. Mitte Dezember haben sich die Regierungsspitzen geeinigt. Ein Überblick.

WÄRMEPLANUNG

19

Heizen der Zukunft

Die Wärmeplanung zeigt für jede Kommune, welche klimafreundlichen Heizlösungen möglich sind. Sie ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Wärmewende.



MINDESTBESTEUERUNG

20

Schluss mit internationalen Steuertricks

Mit der globalen Mindestbesteuerung von 15 Prozent müssen auch Gewinne in Steueroasen herangezogen werden – das sorgt für mehr Gerechtigkeit.



EINBÜRGERUNG

21

Das Gefühl, akzeptiert und willkommen zu sein

Eine schnellere Einbürgerung verleiht Zugewanderten nicht nur Rechte, sondern auch ein Gefühl der Zugehörigkeit. Davon profitiert die ganze Gesellschaft. – Von Hakan Demir und Gülistan Yüksel



ISRAEL



Wir halten an der Zwei-Staaten-Lösung fest

Die SPD-Bundestagsfraktion verurteilt den barbarischen Angriff der Hamas. Nichts rechtfertigt solche Gewalt. Eine Zwei-Staaten-Lösung scheint weiter entfernt denn je. Welche Perspektiven gibt es für den Nahen und Mittleren Osten? – Von Gabriela Heinrich

22



Jobs schaffen, Wohlstand sichern

Der Staat fördert den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und die Ansiedelung von Zukunftsindustrien mit Milliarden – nur so können die Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen und die Arbeitsplätze von morgen gesichert werden.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Christian Bruch (i.v.l.), Vorstandsvorsitzender von Siemens Energy, und Robert Habeck (r, Bündnis 90/Die Grünen), Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, nehmen an der Eröffnung der Elektrolyseur-Fertigung von Siemens Energy teil.

Mit Energieproduktion und allem, was man dafür braucht, lässt sich Geld verdienen, gestern, heute und auch in der klimaneutralen Zukunft.“

— Olaf Scholz, Bundeskanzler

Im alten Gasturbinenwerk in Berlin-Moabit gab es im November prominenten Besuch: Kanzler Olaf Scholz höchstpersönlich drückte den Startknopf zur Serienproduktion von Wasserstoff-Elektrolyseuren, die Siemens Energy zusammen mit Air Liquide aus Frankreich herstellt.

Die Wasserstoff-Produktion spielt eine zentrale Rolle für die grüne Transformation der deutschen Wirtschaft – und weltweit, denn der grüne Wasserstoff kann fossile Brennstoffe im großen Stil ersetzen. 2025 planen Siemens Energy und Air Liquide bereits eine jährliche Elektrolysekapazität von drei Gigawatt.

Damit können beim Betrieb mit erneuerbaren Energien durchschnittlich 300.000 Tonnen grüner Wasserstoff pro Jahr hergestellt werden. Wird diese Menge grüner Wasserstoff als Ersatz für fossile Brennstoffe eingesetzt, könnten die CO₂-Emissionen einer deutschen Großstadt wie Aachen mit rund 260.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gespart werden.

Die Bundesregierung fördert den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft massiv. Bis 2030 sollen zehn Gigawatt Elektrolysekapazität aufgebaut werden. Das ist doppelt so viel wie bisher – und ein wichtiger Baustein für das Erreichen des im Klimaschutzgesetz vorgegebenen Ziels, bis 2045 klimaneutral zu sein.

Aktive Industriepolitik

Die Unterstützung für den Aufbau des grünen Wasserstoffs ist Teil einer Gesamtinvestitionsoffensive, mit der die Ampel-Koalition Deutschland fit für die Zukunft machen will. Die Mittel, die dafür im Klima- und Transformationsfonds (KTF) zur Verfügung stehen, fließen etwa in die Förderung von klimafreundlichen Investitionen von Unternehmen, den Auf- und Ausbau von Solarenergie und Windkraft, Subventionen für die Ansiede-

lung von Zukunftsindustrien wie die Fertigung von Halbleitern oder Batterien.

„Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Das stärkt Deutschland als Industriestandort. Wir müssen mit klugen industriepolitischen Anreizen punkten, damit wir die Wirtschaft bestmöglich auf ihrem Weg zur Transformation unterstützen“, begründet Verena Hubertz, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, die öffentlichen Investitionen.

Das gilt weiter, auch nachdem die Bundesregierung den Haushaltsentwurf 2024 basierend auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse im November noch einmal anpassen musste (siehe Seite 12-13).

Auch mit der neuen Einigung halte die Regierung an ihrem Ziel fest, den klimaneutralen Umbau des Landes kraftvoll voranzutreiben, so der Kanzler, nachdem der Haushalt überarbeitet worden war. „Nur so können wir die Jobs der Zukunft schaffen und den Wohlstand in unserem Land sichern.“

Zentrale Programme werden fortgesetzt

Im Klima- und Transformationsfonds mussten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für das Jahr 2024 zwar 12,7 Milliarden Euro eingespart werden – doch aufgrund von Umschichtungen, Einsparungen an anderer Stelle und der Erschließung neuer Einnahmequellen stehen im KTF für 2024 weiterhin rund 49 Milliarden und für 2025 weitere 40 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Modernisierung und der Ausbau des Schienennetzes soll vor allem über eine Eigenkapitalerhöhung der Deutschen Bahn finanziert werden.

„Zentrale Programme werden konsequent fortgesetzt, so dass der Standort und die Wertschöpfung in der industriellen Transformation gesichert und zukunftsfähig gemacht wird, zigtausende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können“, sagt Hubertz.

„Vor Deutschland liegt die größte Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt seit Beginn der Industrialisierung“, so SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. Nach über 200 Jahren, in denen unser Wohlstand darauf gründete, Kohle, Öl und Gas zu verbrennen, müsse in sehr kurzer Zeit der Übergang von einer fossilen Industriegesellschaft zu einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft und Industrie gelingen – die grüne Transformation.

Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Das stärkt Deutschland als Industriestandort.

— Verena Hubertz, Fraktionsvize



Auf dieser Baustelle in Heide im Kreis Dithmarschen soll die staatlich geförderte Northvolt-Batteriefabrik entstehen.

Voraussetzung dafür ist der schnellstmögliche Ausbau der notwendigen Infrastruktur, vom Digitalen über robuste Strom- und Wärmeleitungen bis hin zu Speichermöglichkeiten. Rohstoffintensive Industrien können international nur konkurrenzfähig bleiben, wenn in Deutschland auch die Kapazitäten zur Erzeugung von grünem Wasserstoff sehr rasch erweitert werden.

Hohe Investitionskosten

Doch damit das gelingt, muss der Staat die Wirtschaft dabei unterstützen, neue CO₂-freie Herstellungsverfahren und Produkte aufzubauen. Denn die Investitionskosten sind hoch und die Einnahmen anfangs vergleichsweise gering. „Öffentliche Investitionen sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands“, so Miersch.

Andere Staaten subventionieren ihre Industrien erheblich beim Umbau. Wie etwa die USA mit dem „Inflation Reduction act“. Ein großes, über zehn Jahre gestrecktes Investitionsprogramm, mit dem US-Präsident Joe Biden die ökologische Transformation der US-Wirtschaft unterstützen will.

Northvolt schafft Jobs

Was öffentliche Investitionen bewirken, kann man hierzulande zum Beispiel in Heide in Schleswig-Holstein miterleben. Dort hat das schwedische Unternehmen Northvolt sich entschieden, in den Bau einer Batteriefabrik zu investieren – auch, weil der deutsche Staat dies unterstützt. Die Ampelkoalition hat Anfang Dezember gut eine halbe Milliarde Euro für das Projekt freigegeben.

Northvolt will in Heide ab 2026 Batteriezellen für Elektroautos herstellen. Durch die 4,5 Milliarden Euro teure Investition sollen 3000 Arbeitsplätze entstehen, dazu noch drei- bis viermal so viele bei Zulieferern und Dienstleistern. Die staatliche Grundinvestition wirkt hier also wie ein Katalysator.

Der Weg zur Klimaneutralität führt im Übergang mitunter allerdings auch zu Belastungen für Verbraucher:innen und Unternehmen. Deshalb hilft der Staat auch hier: Etwa die Hälfte der Gelder aus dem Klima- und Transformationsfonds dienen der Entlastung von Bürger:innen sowie von Firmen.

Unternehmen, die energieintensiv produzieren und weiter unter der in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine gestiegenen Strompreise leiden, werden unterstützt. So soll im Kernhaushalt eine Stromsteuersenkung im Wert von drei Milliarden Euro für das produzierende Gewerbe ermöglicht werden. Außerdem profitieren die rund 390 Unternehmen, die am stärksten im internationalen Wettbewerb stehen, weiter von der Strompreiskompensation.

Förderung bei der Wärmewende

Die EEG-Umlage, die dazu dient, die Förderung des Ausbaus von Solar-, Wind-, Biomasse- und Wasserkraftwerken zu finanzieren, wird auch 2024 vom Staat übernommen. Das entlastet nicht nur breite Teile der Wirtschaft beim Strompreis, sondern auch alle Bürger:innen.

Zudem werden Bürger:innen weiterhin in großem Umfang finanziell unterstützt, wenn sie ihre Wohnhäuser sanieren oder die Heizung auf Klimafreundlichkeit umstellen. Die beim Beschluss des Heizungsgesetzes angekün-

digte Förderung wird kommen. Dabei gibt es eine starke soziale Komponente – wer weniger verdient, bekommt eine stärkere Förderung, sie kann bis zu 70 Prozent des Kaufpreises der neuen Heizung betragen.

„Der große Veränderungsprozess zur Klimaneutralität, den wir brauchen, um unseren Wohlstand erhalten zu können, wird nur gelingen, wenn wir die Voraussetzungen schaffen, dass Kosten und Chancen gerecht verteilt sind“, sagt Matthias Miersch. Aus der Sicht der SPD-Fraktion sei es unerlässlich, dass dieser Weg nicht zulasten der Schwächeren in der Gesellschaft gehe. Nur so, sagt Miersch, werde dieser Wandel auch von einer Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden.

Die großen Veränderungsprozesse zur Klimaneutralität dürfen nicht zulasten der Schwächeren in der Gesellschaft gehen.“

— Matthias Miersch, Fraktionsvize



Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes und die Modernisierung der Bahn spielen eine zentrale Rolle für das Erreichen der Klimaziele und einer optimalen Vernetzung.

Die wichtigsten Punkte zum Haushalt 2024

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse im November mussten der Haushaltsentwurf 2024 sowie der Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds noch einmal angepasst werden. Mitte Dezember haben die Regierungsspitzen eine Einigung erzielt.

Im Kernhaushalt wird für das Jahr 2024 eine Deckungslücke von über elf Milliarden Euro geschlossen, unter anderem, indem klimaschädliche Subventionen reduziert, die Ausgaben einzelner Ressorts abgesenkt und Bundeszuschüsse verringert werden sollen. Einen Abbau des Sozialstaates gibt es nicht.

Die jetzt in der Regierung erreichte Einigung und ihre Auswirkungen werden im Januar im Deutschen Bundestag abschließend geprüft und beraten. Geplant ist, dass das Parlament den Haushalt 2024 am 2. Februar verabschiedet.



Die wichtigsten Punkte:

- Die öffentlichen Investitionen des Bundes alleine im Kernhaushalt sollen 2024 bei 54 Milliarden Euro liegen – z.B. für Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz. Hinzu kommen auch weiterhin Investitionen aus dem Klima- und Transformationsfonds.
- 2024 werden die Bürger:innen steuerlich erheblich entlastet: Das Inflationsausgleichsgesetz reduziert die Lohn- und Einkommensteuer um 15 Milliarden Euro.
- Einen Abbau des Sozialstaats, wie er von manchen Teilen des politischen Spektrums und insbesondere der CDU/CSU gefordert wurde, wird es nicht geben. Die Menschen in Deutschland können sich auf einen starken Staat und soziale Sicherheit verlassen.
- Die Ansiedelung von Chipfabriken wird genauso weiter finanziert wie die Produktion von grünem Stahl und vieles andere mehr. Die Unternehmen können sich auf die Zusagen des Staates für elementare Investitionen, etwa in den Bereichen Stahl, Halbleiter oder Wasserstoffwirtschaft, verlassen. Die wichtigen und erfolgreichen Projekte des Klima- und Transformationsfonds bleiben erhalten.
- Mit einem Strompreispaket werden gerade auch energieintensive Unternehmen beim Strompreis entlastet, etwa über die Senkung der Stromsteuer für die Unternehmen des produzierenden Gewerbes und die Beibehaltung und Verbesserung der Strompreiskompensation. Der geplante einmalige Zuschuss zur Absenkung der Netzentgelte kann nicht mehr finanziert werden.
- Die Übernahme der EEG-Umlage durch den Staat bleibt bestehen – das entlastet die Stromkund:innen.
- Der CO₂-Preis wird ab 2024 wieder auf das 2020 von der Vorgängerregierung beschlossene Niveau angepasst. Er beträgt damit ab dem 1. Januar 2024 wie seinerzeit geplant 45 Euro.
- Geprüft wird, ob die Ausnahmeregel für die Schuldenbremse genutzt werden kann, um die Ausgaben aus dem Sondervermögen Ahrtal zu finanzieren. Dieses Sondervermögen unterstützt die Menschen nach der schrecklichen Flutkatastrophe im Jahr 2021 beim Wiederaufbau.
- Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und Europas muss die Ukraine bekommen, was sie für ihren Verteidigungskampf gegen Russland benötigt. Sollte es hier 2024 zu Mehrbedarfen kommen – zum Beispiel weil andere Länder ihre Unterstützung zurückfahren – würde für die Finanzierung die Ausnahmeregel der Schuldenbremse genutzt.

Es kann nicht sein, dass die Schwächsten die Zeche zahlen.“

Dennis Rohde über den Haushaltskompromiss, das Sparen an den richtigen Stellen – und die Zukunft der Schuldenbremse

Dennis Rohde ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und war in dieser Rolle ganz nah dran an den Regierungsverhandlungen zum Haushalt 2024. Er ist zufrieden mit dem Ergebnis – weil der Sozialstaat nicht angetastet wird und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft weiter vorangetrieben werden kann.

Fraktion intern: Weil das Bundesverfassungsgericht die Regeln für die Schuldenbremse im November präzisiert hat, musste der Haushalt 2024 nochmal neu geschnürt werden. Ganze elf Milliarden Euro wurden eingespart – die Regierung hat sich dazu in mehr als 200 Stunden Verhandlungen auf eine Lösung geeinigt. Die muss nun im Bundestag beschlossen werden. Wie zufrieden ist die SPD-Fraktion mit dem Ergebnis?

Dennis Rohde: Es waren zwei Dinge ganz herausragend wichtig und hinter beide können wir einen Haken machen. Der erste Punkt: Wir haben immer gesagt, es kann nicht sein, dass in so einer Haushaltskrise die Schwächsten in der Gesellschaft, die Ärmsten, die Ältesten, die Kinder, diejenigen sind, die die Zeche dafür zahlen müssen. Sozialkürzungen darf es nicht geben. Es gibt keine, da haben wir uns klar durchgesetzt. Und das Zweite war: Wir müssen als Staat auch unseren Teil dazu beitragen, dass die Wirtschaft klimaneutral umgebaut werden kann und dass die Arbeitsplätze hier gesichert bleiben, und dass bei uns auch Zukunftsindustrien entstehen. Für die Chip-Ansiedlungen in Dresden und Magdeburg zum Beispiel stehen die Fördergelder weiter zur Verfügung. Das ist uns super wichtig gewesen.

Fraktion intern: Ist wirklich jeder über seinen Schatten gesprungen?

Dennis Rohde: Ja, ich finde, jeder ist über seinen Schatten gesprungen. Bei der FDP gab es zum Beispiel zwei ganz knallharte rote Linien. Sie wollte die Aussetzung der Schuldenbremse vermeiden und neue Einnahmen. Und wir haben jetzt zumindest gemeinsam festgestellt, dass der Ukraine-Krieg geeignet ist, die Schuldenbremse in 2024 gegebenenfalls doch noch einmal auszusetzen. Außerdem haben wir uns auf die Streichung klimaschädlicher Subventionen geeinigt.

Fraktion intern: Medial ging ja sofort die Ausdeutung los: Wer ist Gewinner und Verlierer? Kann man Haushaltspolitik wirklich nach solchen Kriterien beurteilen?

Dennis Rohde: Nein, das passt nicht zum Finden nach Kompromissen einer Koalition. Am Ende gehört der Kompromiss zur Demokratie. Solange hier keiner eine absolute Mehrheit hat, müssen wir nun einmal Abstriche machen. Und dann ist es immer ein Geben und Nehmen, bis sich alle darin wiederfinden. Ich bin stolz auf Kompromisse.

Fraktion intern: Dass der Haushalt gerade so ein Riesenthema geworden ist, liegt ja an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November. Kannst du nochmal ganz kurz erklären, was entschieden wurde und was daraus folgte?

Dennis Rohde: Der Wesenskern des Urteils ist, dass wir Schulden in Krisenzeiten nicht mehr so buchen dürfen, wie wir es bisher gemacht haben. Wir gingen bisher davon aus, wenn wir etwa aufgrund einer Naturkatastrophe die Schuldenbremse aussetzen und 100 Milliarden Euro für den Wiederaufbau brauchen, dass wir die Schuldenbremse einmalig für diese Summe aussetzen und das Geld in den nächsten zehn bis 15 Jahren abfließt. Karlsruhe hat aber nun vorgeschrieben, dass wir jedes Jahr aufs Neue festlegen müssen, wie viel Geld für den Wiederaufbau benötigt wird, und dafür Jahr für Jahr die Schuldenbremse aufs Neue aussetzen müssen.

Fraktion intern: Wieso ließ sich denn das Jahr 2023, das ja von dem Urteil genauso betroffen war wie 2024, so viel leichter reparieren?

Dennis Rohde: Das Jahr 2023 war ja zur Zeit des Urteils schon fast zu Ende. Wir haben ganz vielen Menschen mit den Strom- und Gaspreisen geholfen und damit die Schuldenbremse nach den neuen Regeln überschritten. Wir konnten im Dezember nicht irgendwo noch schnell 50 Milliarden im Haushalt einsparen, um das anders hinzubekommen. Deshalb war allen Beteiligten klar, dass wir für 2023 die Schuldenbremse aussetzen müssen – und das haben wir dann so beschlossen im Parlament.

Fraktion intern: Es fehlten ja für 2024 infolge dieses Urteils elf Milliarden Euro im Haushalt. Wie wird diese Lücke nun geschlossen und wer muss dafür zahlen?

Dennis Rohde: Erst einmal wird die Lücke dadurch geschlossen, dass alle etwas einsparen müssen in ihren Ministerien. Zudem sollen klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. Wir verbessern also die Einnahmesituation – auch durch die Erhöhung des CO₂-Preises. Es gibt jetzt nicht die eine große Maßnahme, sondern das sind ganz, ganz viele kleine Stellen, wo wir sparen.

Fraktion intern: Lagen denn auch Ideen auch auf dem Tisch, wie man das über eine ganz große Maßnahme lösen kann?

Dennis Rohde: Ja, es hätte die Möglichkeit gegeben, auch für das Jahr 2024 die Schuldenbremse noch einmal auszusetzen, weil der Ukraine-Krieg den Staatshaushalt zu sehr belastet. Wir müssen alles darauf setzen, dass der Krieg beendet wird. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Diejenigen, die sagen, dass man für die Ukraine die Schuldenbremse nicht aussetzen kann, die sagen quasi, dass die Ukraine der Normalzustand ist. Und für mich ist ein Krieg in Europa kein Normalzustand. Das wäre für mich eine ehrliche und auch die präferierte Lösung gewesen. Aber wir sind uns in der Ampel einig, dass das im Laufe des Jahres noch zur Option werden kann. Ich möchte nicht, dass wir die äußere gegen die innere und soziale Sicherheit ausspielen. Und deswegen werden wir uns, was die Ukraine angeht, die Schuldenbremse wirklich Woche für Woche angucken. Und im Zweifel sind wir bereit, das Instrument auch zu ergreifen.

Fraktion intern: Die Union wirft der Ampel Trickserei vor – weil sie sich ja nun vorbehält, diese Option noch einmal zu ziehen in den kommenden Monaten.

Dennis Rohde: Was mir auffällt in dieser ganzen Debatte um den Haushalt: Es geht nur noch um Superlative. Alles ist schlecht, alles ist verfassungswidrig, alles ist nur noch Trickserei. Das hat mit seriöser Oppositionspolitik gar nichts mehr zu tun. Ich würde mir wünschen, dass die Union Vorschläge macht, was sie anders machen würde. Sie hat ja bisher keinen einzigen Antrag gestellt, in dem sie aufzeigt, wo sie einsparen würde, so dass man sachlich miteinander diskutieren kann.

Fraktion intern: Der Klima- und Transformationsfonds muss ja jetzt mit knapp 13 Milliarden Euro weniger für 2024 auskommen. Reicht das denn noch für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft, inklusive der sozialen Abfederung?

Dennis Rohde: Wir konzentrieren uns auf die Programme, die funktionieren und die wirklich wichtig sind für den Umbau unserer Wirtschaft, wir setzen Prioritäten. Alles das, was für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und auch den sozialen Zusammenhalt wichtig ist, das wird künftig daraus finanziert. Und auch die großzügige Förderung der Anschaffung klimafreundlicher Heizungen bleibt erhalten.

„Für mich ist ein Krieg in Europa kein Normalzustand.“



Fraktion intern: Diese Einigung kommt jetzt ins Parlament, in den Haushaltsausschuss. Will die SPD-Fraktion noch etwas daran verändern?

Dennis Rohde: Es ist das Recht des Parlaments zu sagen, wofür Geld ausgegeben wird. Und natürlich werden wir uns in den nächsten Wochen das, was an Vorschlägen aus dem Kanzleramt, dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium kommt, genau angucken – und im Zweifel wieder Dinge verändern und nachjustieren.

Fraktion intern: Wie sieht der Zeitplan jetzt genau aus?

Dennis Rohde: Am 11. Januar findet eine Sachverständigenanhörung statt, da werden wir uns dann von Expert:innen ein paar rechtliche Einordnungen geben lassen zu dem, was vorgeschlagen ist. Dann werden wir mit dem Wissen am 18. Januar die Bereinigungssitzung machen, in der etwaige Änderungen beschlossen werden. Und dann wird am 2. Februar der Bundeshaushalt im Bundestag verabschiedet und hoffentlich auch im Bundesrat.

Fraktion intern: Der Haushalt 2025 steht ja auch bald an. Muss es da wieder große Sparanstrengungen geben, damit wir all unsere Ziele erreichen können, oder müssen wir nicht vielleicht doch die Schuldenbremse ganz grundsätzlich reformieren, weil es ja auch schwierig ist, immer wieder eine Notlage zu definieren. Letztendlich kostet die Energiewende einfach viel Geld.

Dennis Rohde: Wir müssen eine Debatte darüber führen, ob die Schuldenbremse, so wie sie einmal konzipiert wurde, vielleicht einfach Denkfehler hat, wo wir nach fast 15 Jahren sagen können, an der ein oder anderen Stelle funktioniert etwas nicht. Ein Punkt ist: Die Schuldenbremse unterscheidet bei den unterschiedlichen Ausgaben nicht. Sie unterscheidet nicht zwischen Personalkosten und Investitionen. Und was ist denn generationengerecht daran, wenn ich zwar ein ausgeglichenes Konto habe, aber alle Schulgebäude in Deutschland verfallen? Was ist generationengerecht daran, wenn ich ein ausgeglichenes Konto habe, aber unsere gesamte Verkehrsinfrastruktur ist kaputt?

„Die CDU muss jetzt klären, was ihre Prioritäten sind: Politik für die Menschen machen – oder Populismus.“



Fraktion intern: Nun hat die CDU aber einen Vorsitzenden, der kategorisch gegen eine Reform der Schuldenbremse ist. Wie realistisch ist denn eine Grundgesetzänderung, für die man ja die Union bräuchte, absehbar durchzubekommen?

Dennis Rohde: Ich sehe da einen Riesenstreit in der CDU zwischen denjenigen, die Verantwortung tragen, denjenigen, die tagtäglich ihren Laden am Laufen halten müssen, also die Ministerpräsidenten, die in der Landesregierung sind auf der einen Seite und auf der anderen Seite die anderen, von denen ich gerade schon mal gesprochen habe, die hier nur noch in Superlativen versuchen, Dreck auf die Regierung zu schmeißen und sich in ihrem eigenen Populismus verfangen. Und ich habe die große Hoffnung, dass die vernünftigen Kräfte in der Union sich in dieser Frage durchsetzen.

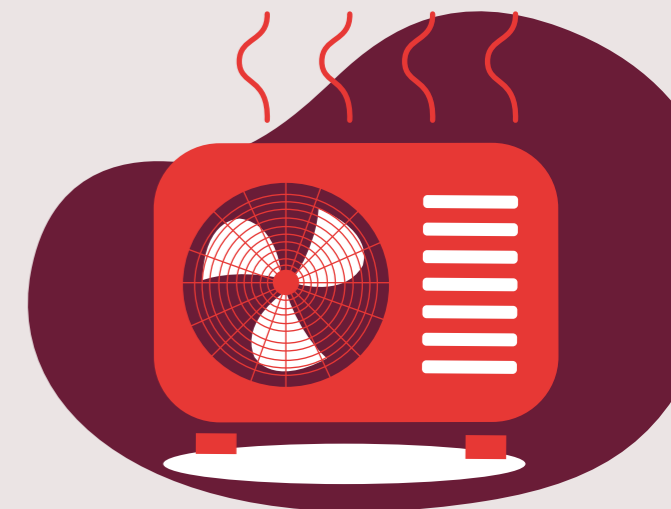
Fraktion intern: Du siehst also eine realistische Chance, dass man die Schuldenbremse reformieren kann.

Dennis Rohde: Die CDU muss jetzt klären, was ihre Prioritäten sind: Politik für die Menschen machen oder Populismus. Und wenn sich die Vernünftigen durchsetzen, sehe ich wirklich eine realistische Chance für eine Reform der Schuldenbremse, weil es einfach Webfehler gibt.

Das Gespräch mit
Dennis Rohde als
Podcast hören Sie hier



Heizen der Zukunft



Die Wärmeplanung zeigt für jede Kommune, welche klimafreundlichen Heizlösungen möglich sind. Sie ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Wärmewende.

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern wechseln, denn das Heizen in Gebäuden ist derzeit noch für einen großen Teil unserer Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.

Dazu hat der Bundestag das Gebäudeenergiegesetz verabschiedet, das am 1.1.2024 in Kraft tritt. Es schreibt ab dann vor, dass in Neubaugebieten neu eingebaute Heizungen mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden müssen.

Bei bestehenden Gebäuden greifen die Regeln für neue Heizungen, sobald eine sogenannte kommunale Wärmeplanung vorliegt.

Dafür hat die Ampel ein Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung verabschiedet. Es sieht vor, dass in den nächsten Jahren alle 11.000 Städte und Gemeinden in Deutschland konkrete Wärmepläne erstellen. Ziel ist eine flächendeckende, verbindliche Wärmeplanung, die für die Bürger:innen, Unternehmen und die Verantwortlichen in den Kommunen Planungs- und Investitionssicherheit schafft. Sie legt fest, mit welcher Energieform in den unterschiedlichen Wohn- oder Gewerbegebieten in den kommenden Jahrzehnten Wärme bereitgestellt wird.

Technologieoffene Pläne

Zentrale Strukturen – wie die Fern- und Nahwärme – können für viele effizienter und kostengünstiger sein als individuelle Lösungen wie beispielsweise eine Wärme-

pumpe oder eine Pelletheizung mit Solarthermie. Das Gesetz lässt diesbezüglich die nötigen Spielräume, damit von Region zu Region die am besten geeigneten Optionen gewählt werden können.

Die Wärmeplanung umfasst eine strategische Planung und eine Beteiligung der betroffenen Stellen. Neben den Verfahrens- und Ablaufvorschriften enthält das Gesetz auch Anforderungen an die Wärmepläne – diese müssen vor allem dem Transformationspfad hin zur Klimaneutralität 2045 folgen, ohne auf eine Technik oder ein Produkt festgelegt zu sein.

Die Wärmeplanung ist technologieoffen. Ob Biomasse, Fern- oder Nahwärme, alle verfügbaren Energieträger können genutzt werden.

Eine halbe Milliarde Euro für die Kommunen

Die Kommunen werden finanziell bei der Erstellung von Wärmeplänen unterstützt, Die Bundesregierung stellt dafür eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung, insbesondere für finanzschwache Kommunen. In den kleinen Gemeinden wird für vereinfachte Verfahren gesorgt.

Die Wärmepläne sollen bis zum 30. Juni 2026 für Großstädte beziehungsweise bis zum 30. Juni 2028 für Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohner:innen vorliegen.

Förderung von bis zu 70 Prozent

Um alle auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, wird der Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten gefördert – das gilt auch für Holz- und Pellet-Heizungen. Dabei können Bürger:innen mit niedrigem Einkommen besonders hohe Zuschüsse und zusätzlich eine Zinsverbilligung für Kredite erhalten. Insgesamt gibt es ein breites Kreditangebot der KfW mit einer Höchstgrenze der förderfähigen Ausgaben von 120.000 Euro.

Schluss mit internationalen Steuertricks



Mit der globalen Mindestbesteuerung von 15 Prozent müssen auch Gewinne in Steueroasen herangezogen werden – das sorgt für mehr Gerechtigkeit.

Wenn große, global agierende Konzerne kaum Steuern bezahlen, weil sie ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, dann ist das in höchstem Maße ungerecht. Zum einen, weil dieses Geld der Allgemeinheit fehlt, zum Beispiel für gute Schulen und Kitas, Krankenhäuser und die Rente sowie ein gut ausgebautes Streckennetz der Bahn und ordentliche Straßen. Zum anderen verzerrt es den Wettbewerb, wenn deutsche Unternehmen Steuern in angemessener Höhe zahlen, während hoch profitable internationale Konzerne durch Tricks Milliarden an Steuern sparen.

Um das künftig zu verhindern, braucht es globale, einheitliche Lösungen. 2021 konnte auf internationaler Ebene, innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den G-20 eine Einigung auf einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent erzielt werden. Dazu hat der Bundestag im Herbst dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet.

Die Vorarbeit für die Einigung hat Olaf Scholz als Finanzminister geleistet. Im Oktober 2018 hat er mit seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire im Kreise der G7 und G20 einen Vorschlag vorgelegt – und seitdem in

unzähligen Gesprächen mit seinen Kolleg:innen rund um den Globus an einer Lösung gearbeitet. Mit der Einigung auf internationaler Ebene und der jetzigen Umsetzung der EU-Richtlinie dazu in deutsches Recht zeigt sich, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro. Künftig werden sämtliche Gewinne, die ein Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15 Prozent versteuert, ganz egal, wo sie entstehen – das heißt, es bringt auch nichts, die Gewinne in Steueroasen zu verschieben.

Bislang zahlen diejenigen Tochterunternehmen des Konzerns, die in Steueroasen sitzen, kaum Steuern und der Gesamtkonzern profitiert davon. Künftig erhält der Staat, in dem der Mutterkonzern seinen Sitz hat, bei einem Mindeststeuersatz von 15 Prozent das Recht, die Gewinne aus der Steueroase nachzuersteuern. Damit wird sichergestellt, dass auch diese Gewinne im Ergebnis einer effektiven Besteuerung in Höhe von 15 Prozent unterliegen.

Außerdem verhindern die neuen Regeln, dass der Konzern durch Tricks Gewinne in Steueroasen verschiebt. Einer dieser Tricks ist die Zahlung von Lizenzgebühren an eine andere Konzerngesellschaft, die in einer Steueroase sitzt. Dies können etwa Lizenzzahlungen für die Nutzung von Markennamen, Patenten oder anderen Rechten sein. Mit der globalen Mindeststeuer wird international ein großer Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit getan.

Das Gefühl, akzeptiert und willkommen zu sein

Eine schnellere Einbürgerung verleiht Zugewanderten nicht nur Rechte, sondern auch ein Gefühl der Zugehörigkeit. Davon profitiert die ganze Gesellschaft. – Von Hakan Demir und Gülistan Yüksel



Hakan Demir,
MdB



Gülistan Yüksel,
MdB

Wenn wir über die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sprechen, ist dies immer auch mit unserer persönlichen Geschichte verbunden. So unterschiedlich unsere Generationen und Migrationsgeschichten sind, so ähnlich erlebten wir unsere eigene Einbürgerung: Hakan war bei seiner Ankunft in Deutschland ein Jahr alt, er wurde mit 15 Jahren eingebürgert, Gülistan kam mit acht Jahren nach Deutschland und erhielt dann 26 Jahre später ihren deutschen Pass. Für uns beide war sie ein sehr bewegender und glücklicher Moment. Endlich gehörten wir auch offiziell zu dem Land, in dem wir uns schon seit Kindertagen heimisch fühlten. Die Staatsbürgerschaft verlieh uns nicht nur Rechte, sondern gab uns auch das Gefühl, hier akzeptiert und willkommen zu sein.

Aus diesem Gefühl von Anerkennung und Zugehörigkeit wächst gesellschaftlicher Zusammenhalt. Diesen wollen wir mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts stärken, das der Bundestag im November erstmals beraten und auf den Weg gebracht hat.

Wir wollen Menschen, die hier leben, arbeiten und längst die Sprache sprechen, schneller politische Teilhabe ermöglichen. Sie sollen bereits nach fünf Jahren – und nicht mehr erst nach acht Jahren – ein Teil dieses Landes werden können, mit allen Rechten und Pflichten – in besonderen Fällen sogar schon nach drei Jahren. Die damit einhergehende politische Partizipation festigt zugleich unsere Demokratie.

Aktuell liegt die Einbürgerungsrate hierzulande deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Mit 14 Prozent der Bevölkerung haben rund zwölf Millionen Menschen keinen deutschen Pass. Die Hälfte von ihnen lebt sogar bereits seit über zehn Jahren in Deutschland. Sie sind unsere Nachbar:innen, Kolleg:innen und Freund:innen.

Zukünftig soll sich niemand von ihnen gegen eine Einbürgerung entscheiden, nur weil sie die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes aufgeben müssen. Deshalb lassen wir die Mehrstaatigkeit grundsätzlich zu. Schon

heute behalten 74 Prozent der Eingebürgerten ihren früheren Pass – aber dies ist eben längst nicht bei allen Herkunftsländern möglich.

Mit unserer Reform schaffen wir also Gerechtigkeit, und wir erkennen an, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte natürlicherweise Verbindungen zu mehr als einem Staat haben. Im Übrigen gilt die Mehrstaatigkeit dann auch für Deutsche, die nach Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit im Ausland ihren deutschen Pass nicht mehr verlieren.

Deutschland profitiert in mehrfacher Hinsicht von mehr Einbürgerungen: Mit einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht wird unser Land auch für die dringend benötigten Fachkräfte attraktiver. Menschen, die sich als Teil einer Gemeinschaft fühlen, sind eher bereit, sich in diese Gesellschaft einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Eine schnellere Einbürgerung erleichtert den Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und politischer Beteiligung. Davon profitieren letztendlich wir alle.

Wir halten an der Zwei-Staaten-Lösung fest



Gabriela Heinrich,
MdB

Die SPD-Bundestagsfraktion verurteilt den barbarischen Angriff der Hamas auf Israel. Nichts rechtfertigt solche Gewalt. Eine Zwei-Staaten-Lösung scheint weiter entfernt denn je. Welche Perspektiven gibt es für den Nahen und Mittleren Osten? — Von Gabriela Heinrich

Am 7. Oktober 2023 begann die „Al-Aksa-Flut“ – so der Deckname der Hamas für den völkerrechtswidrigen und terroristischen Angriff auf Israel. Raketen flogen auf Israel, 3.000 Terroristen drangen in das Land ein. Sie töteten 1.200 Menschen und verschleppten 241. Sie folterten und vergewaltigten. Seither feuert die Hamas weiterhin Raketen auf Israel. Es handelt sich um Terror, den Israel in seiner 75-jährigen Geschichte in diesem Ausmaß bisher nicht erlebt hat. 250.000 Israelis wurden zu Binnenvertriebenen.

Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich zu verteidigen, und reagierte mit der Militäroperation „Eisenschwerter“. Diese begann mit Luftangriffen. Am 27. Oktober rückte die Armee mit Bodentruppen in den Gaza-Streifen ein. Nach pa-

lästinensischen Angaben gab es fast 16.000 Tote, es könnten viele mehr sein. Israel ließ immer wieder Hilfsgüter in den Gaza-Streifen und hielt sich an humanitäre Feuerpausen. Die humanitäre Lage ist trotzdem und auch nach der einwöchigen Waffenruhe Ende November katastrophal. Ich war erleichtert, als im Zuge der Feuerpause auch Geiseln freikamen. Die Hamas missbraucht Zivilist:innen als menschliche Schutzschilde. 1,8 Millionen Palästinenser:innen wurden zu Binnenvertriebenen.

Warum schreibe ich das? Israelis und Palästinenser:innen leiden in unvorstellbarem Ausmaß unter dem Angriff der Hamas. Wir sollten für die Opfer beider Seiten dieselbe Empathie aufbringen. Das ist leider nicht immer der Fall. Innenpolitisch haben wir deswegen Hausaufgaben

zu erledigen. Denn Jüdinnen und Juden müssen noch mehr als vor dem 7. Oktober Angst haben vor Angriffen, Bedrohungen, Brandanschlägen, Schmierereien. Auf Demonstrationen wird die Auslöschung Israels gefordert.

Die Betätigungsverbote für Hamas und Samidoun waren richtig. Ein struktureller, tief verwurzelter Antisemitismus in Deutschland kommt allerdings nicht nur von Migrant:innen, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Ja, es gibt auch Muslim:innen, die Antisemit:innen sind. Viele Muslim:innen erfahren ihrerseits antimuslimischen Rassismus gegen sich. Eine neue Rechte ist gleichermaßen antisemitisch und islamophob. Deswegen müssen wir uns grundsätzlich dem Thema Rassismus viel stärker zuwenden. In der politischen Bildung an Schulen vor allem, aber nicht nur. Wir müssen auch in Zeiten knapper Haushaltskassen für die Finanzierung der unzähligen Projekte und Initiativen gegen alle Arten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sorgen.

Natürlich ist es richtig, dass die Bundesregierung sich klar an der Seite Israels positioniert. Der Bundestag hat einen starken fraktionsübergreifenden Antrag beschlossen, mit dem wir uns ebenfalls mit Israel solidarisieren. Es war auch richtig, dass Kanzler und Minister:innen nach Israel und in die Region gereist sind, auch um dort zu vermitteln – auch für den Zugang zu humanitärer Hilfe. Entwicklungsministerin Svenja Schulze hatte sofort reagiert und das deutsche Engagement in den Palästinensischen Gebieten auf den Prüfstand gestellt.

Aber wie geht es jetzt außenpolitisch weiter? Für die SPD-Bundestagsfraktion gilt: Die humanitäre Hilfe für Gaza muss weitergehen, keine Frage. Auch das entwicklungspolitische Engagement haben wir teilweise wieder aufgenommen. Und auf dem internationalen Parkett muss die Bundesregierung all denjenigen entgegenwirken, die das Existenzrecht Israels abstreiten und die Sicherheit Israels gefährden. Das Mullah-Regime im Iran ist hier insbesondere zu nennen. Eine weitere

„**Ein struktureller, tief verwurzelter Antisemitismus in Deutschland kommt nicht nur von Migrant:innen, sondern aus der Mitte der Gesellschaft.**“

Eskalation des gegenwärtigen Konflikts gilt es unter allen Umständen zu vermeiden.

Klar ist: Die SPD-Bundestagsfraktion hält an einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung fest. Auch wenn heute eine solche Zwei-Staaten-Lösung weiter entfernt scheint denn je, müssen wir auch an die Zeit nach dem Krieg denken und auf die langfristige Perspektive des Nahen und Mittleren Ostens sowie auf die Zukunft Gazas schauen. Israelis und Palästinenser:innen müssen eines Tages Seite an Seite und ohne Terror auf der Grundlage einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung leben können. Den Menschen muss ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Würde und mit gleichen Rechten ermöglicht werden.

Um den Weg dafür zu ebnen, waren seit dem 7. Oktober der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Bundestagspräsidentin, die Außenministerin und die Entwicklungsministerin bereits mehrmals in Israel und der Region. Auch als SPD-Bundestagsfraktion stehen wir im engen Austausch mit Entscheidungsträger:innen aus Israel und den Palästinensischen Gebieten. Die Zukunft kann nur vor Ort gestaltet werden. Deswegen sprechen wir mit allen unseren Partner:innen in der Region und darüber hinaus, um Gesprächskanäle zu öffnen.

